

Für eine zukunftsfähige Pflegepolitik – Die Forderungen des Bremer Pflegerats.

Im Vorfeld der Darstellung unserer Forderungen möchten wir deutlich machen, dass aus unserer Sicht die Probleme der Pflege oft genug beschrieben, in Arbeitsgruppen erörtert, Maßnahmen in der Theorie festgelegt und Expertenmeinungen gehört wurden.

Um die Probleme der professionell Pflegenden zu lösen, müssen Gelder auf verschiedenen Ebenen freigestellt werden und Lösungen für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung in Bremen gefunden werden. Den langen Diskussionen müssen Taten folgen. Wir fordern daher die Bremer Landespolitik auf, sich aktiv, umgehend und zielorientiert unseren Themen anzunehmen und einen nötigen Strukturwandel vorzunehmen.

Die Forderungen des Bremer Pflegerats sind:

1. Die Selbstverwaltung des Pflegeberufs ist auf Landesebene zu ermöglichen

Bisher bestimmen Partikularinteressen die Pflegelandschaft. Keine etablierte Interessengruppe repräsentiert die berufliche Pflege in ihrer Gesamtheit. Keine kann das Mandat beanspruchen, den Pflegeberuf umfänglich zu vertreten. Eine Bündelung aller Interessen in der Pflege ist dringend geboten, um die offensichtliche Fremdbestimmung der Pflege endlich durch adäquate Mitwirkung des Pflegeberufs auf allen Entscheidungsebenen zu ersetzen. Nötig ist eine durch alle professionell Pflegenden legitimierte Institution, die diese Lücke füllt, nötig ist eine Pflegekammer. Hauptforderung der professionell Pflegenden ist bundesweit die Autonomie ihres beruflichen Handelns, wie es anderen Heilberufen längst zugestanden wird. Strukturen hierfür sind auf Landesebene zu schaffen. Die Wirkung größerer Handlungsautonomie der Pflege wird auf Interessenten und Berufstätige in Pflegeberufen eine höhere Wirkung haben als jede Imagekampagne.

2. Aufgabe der Landespolitik ist es, endlich ein pflegepolitisches Gesamtkonzept zu erstellen.

Fokus muss dabei sein, ein Berufsprofil „Pflege“ zu schaffen. Die Verantwortung von Land und Kommunen (Bremen und Bremerhaven) für eine angemessene Pflegeinfrastruktur und -qualität sind gegenüber den bisher marktwirtschaftlichen Mechanismen zu stärken. Es ist darauf zu achten, dass das elementare Bedürfnis jedes Menschen nach Pflege nicht zur reinen „Branche“ degradiert. Die aufgesplitterten Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung für die Pflege (in „Soziales“ und „Gesundheit“) sind schnellstmöglich zentral zusammenzufassen und im Gesundheitsressort anzusiedeln. Denn Pflege ist ein Heilberuf.

3. Professionelle Pflege ambulant verstärkt nutzen

Es braucht das Neudenken kleinräumiger Pflegestrukturen, in denen Pflegefachkräfte die Qualität der Pflege sichern und weiterentwickeln. Die Pflege sollte in der alternden Gesellschaft eine zentrale leistungskordinierende Rolle spielen. Die bisherigen Qualitätssicherungssysteme der Pflege durch den MDK und die Heimaufsichten sind überholt und kritikwürdig – sie sollten unter verstärkter Einbindung von Pflegebetroffenen und Pflegewissenschaft neu aufgestellt werden.

4. Personalbemessung in der Pflege einführen

Für alle Einrichtungen, in denen Akut- und/oder Langzeitpflege geleistet wird, müssen Instrumente geschaffen werden, die eine angemessene Pflegefachlichkeit sicherstellen. Die Personalstrukturen in der Pflege sollten nicht der „unternehmerischen Freiheit“ von Pflegeanbietern unterworfen werden. Die Landesregierung sollte eine wissenschaftliche Untersuchung zur Herleitung eines Personalbemessungsinstruments durchführen und zügig zur Umsetzung bringen.

5. Einrichtung von Qualitätssicherung der pflegefachlichen Fort- und Weiterbildung

Die vorbildliche Bremer Berufsordnung Pflege enthält die Schwäche, dass die vorgeschriebenen Fort- und Weiterbildungen für professionell Pflegende zur Kompetenzerhaltung nicht qualitätsgesichert erfolgen müssen und de facto nicht kontrolliert werden (können). Hier sollte die Landesregierung dringend Qualitätsmaßstäbe erlassen und die Nachweise zur Kompetenzerhaltung tatsächlich prüfen. Zudem fehlen jegliche Maßstäbe zur pflegerischen Gutachtertätigkeit, die besondere Qualifikationen, Kompetenzen und Eignung enthalten sollten.

6. Datenlage zur Pflege verbessern

Der in der Bremer Pflegeinitiative entwickelte Aktionismus zur Verbesserung der Datenlage in der Pflege hilft kaum weiter, da erst- und einmalig geplant. Wichtige Kerndaten werden dort nicht geliefert werden: die Anzahl an Pflegefachkräften in Bremen ist unbekannt. Die Qualifikationsniveaus der Pflegetätigen bleibt unbekannt. So ist keine „politische Pflegeplanung“ auf Landesebene möglich. Wir fordern eine verbindliche, kontinuierliche Registrierung aller Pflegefachkräfte für Bremen, um anhand dieser Daten überhaupt seriöse pflegerische Versorgungsplanungen für Bremen entwickeln zu können.

7. Genügend Mittel für Pflegeausbildung und Vergütung

Die vom Land Bremen finanzierten Ausbildungsplätze in der Pflege sind auf lange Sicht eine Investition, kein Kostenfaktor. Pflegeversorgung und Pflegequalifikation muss in den Haushaltsaufstellungen des Landes Bremen einen höheren Stellenwert bekommen. Die systematische Unterfinanzierung des Pflegebereichs ist schnellstmöglich zu beheben. Das Land Bremen sollte sich – auch und gerade als Sozialhilfeträger – für eine leistungsgerechte Erhöhung der Entgelte in der Pflege einsetzen und damit ihre geforderte Wertschätzung professioneller Pflege greifbar machen. Wir fordern das Land Bremen auf, seine Haushalte für 2014 und 2015 hinsichtlich der Finanzierung von Ausbildungsplätzen zur überprüfen und die weitere Finanzierung nicht auf 2016 zu verschieben. Das Land Bremen sollte sich aktiv

daran beteiligen, die Voraussetzungen für die Finanzierung durch eine Ausbildungumlage zu schaffen.

Wir fordern das Land Bremen auf pflegepolitische Themen auf Bundesebene im Sinne der Profession Pflege zu unterstützen.

- Der deutsche Pflegerat (DPR) fordert eine grundlegende Reform der Pflege- und Hebammenausbildung mit vertikaler und horizontaler Durchlässigkeit sowie automatischer Anerkennung innerhalb der EU.
- Der DPR fordert die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten und die Sicherstellung einer auskömmlichen Ausbildungsfinanzierung.
- Der DPR fordert eine Überarbeitung der bestehenden Gesundheitspersonalstatistik hin zu einer bundeseinheitlichen Statistik.
- Der DPR fordert ein Pflegeberufsgesetz, in dem vorbehaltende Aufgabenbereiche für die professionelle Pflege festgeschrieben werden.
- Der DPR fordert die Einrichtung von Pflegekammern in allen Bundesländern.
- Der DPR fordert, im Bundesministerium für Gesundheit eine Stelle einer Pflegereferentin mit pflegewissenschaftlicher Qualifikation zu schaffen.
- Der DPR fordert eine bessere inhaltliche Abstimmung der Sozialgesetzbücher.
- Der DPR fordert die Umsetzung des vorliegenden neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes.
- Der DPR fordert, die Zusammenhänge von Gesundheit und sozialen Faktoren stärker in den Blick zu nehmen.
- Der DPR fordert auf Bundesebene ein umfassendes Präventionsgesetz.
- Der DPR fordert die gesetzliche Festlegung einer verbindlichen Personalausstattung für die Pflege.
- Der DPR fordert die Sicherstellung einer gesundheitsschützenden und -fördernden Arbeitsumgebung für Pflegende durch Gesetz.
- Der DPR fordert eine Ausweitung der Finanzierung von Pflegeforschung und pflegebezogener Versorgungsforschung sowie die Gründung eines Instituts für Pflegeepidemiologie mit öffentlichen Mitteln.

Der **Bremer Pflegerat** (HBPR) ist als Landesarbeitsgemeinschaft der acht in Bremen aktiven Pflegeberufsorganisationen Ansprechpartner für alle Belange der Pflege in Bremen.

ADS – AG christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisation in Deutschland e.V.
Bundesverband Pflegemanagement e.V.

BeKD – Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V.

BFLK – Bundesfachvereinigung leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V.

BLGS – Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V.

VdS/BSS – Bremische Schwesternschaft vom Roten Kreuz e.V.

VHD- Vereinigung der Hygiene- Fachkräfte der BRD e.V.

DBfK – Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe Nordwest e.V.

Vorstand: Vorsitzender: Gerrit Krause, stellvertretende Vorsitzende: Heidrun Pundt und Ilona Osterkamp
Rockwinkeler Landstraße 110, 28325 Bremen

Tel.: 0421 4289 218, Mail: gkra.verw@bremen.ameos.de

Wir für Sie! - Experten für alle Pflegefragen in Bremen